



Liebe Leserinnen und Leser, im März ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf 2,3 Millionen gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit März 1991, wie die Bundesagentur für Arbeit mitteilte.

Im Vergleich zum Vormonat waren 72.000 Menschen weniger auf Jobsuche. Gegenüber dem März des Vorjahres lag die Arbeitslosenzahl sogar um 157.000 niedriger. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 5,1 Prozent.

In Erfurt sank die Quote von 6,2 Prozent im Februar auf 5,9 Prozent. Vor einem Jahr lag sie bei 6,5 Prozent. In Weimar lag sie wie im Februar bei 5,9 Prozent. Vor einem Jahr betrug die Quote noch 6,7 Prozent.

Ihre

Finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Verbesserungen für BAföG-Empfänger

Wir beraten gerade Verbesserungen beim BAföG. Die Anpassungen sollen ab dem Beginn des kommenden Schuljahres bzw. des Wintersemesters gelten.

Mit einer Anhebung der Einkommensfreibeträge in drei Stufen um insgesamt 16 Prozent ermöglichen wir die Förderung weiterer Studenten und Schüler.

Für alle BAföG-Empfänger stellen wir mit der Erhöhung der Bedarfssätze in zwei Stufen 2019 und 2020 um sieben Prozent mehr Unterstützung bereit. Insgesamt sind für die Leistungsverbesserungen im BAföG zusätzliche Ausgaben von 1,2 Mrd. Euro in dieser Wahlperiode vorgesehen.

Auch der Wohnzuschlag für Studierende, die außerhalb der elterlichen Wohnung wohnen, steigt von bisher 250 auf künftig 325 Euro monatlich an.

Mit den geplanten Maßnahmen heben wir den Höchstbetrag der Förderung um gut 17 Prozent von aktuell 735 Euro auf 861 Euro im Jahr 2020 an.

Die Rückzahlungsmodalitäten sollen den wirtschaftlichen Entwicklungen und der individuellen finanziellen Leistungsfähigkeit während der Rückzahlungsphase angepasst und sozial gerechter ausgestaltet werden.

Es soll eine frühere Tilgung durch diejenigen erreicht werden, denen dies möglich ist, während diejenigen, die trotz redlichen Bemühens ihr anteiliges Darlehen nicht spätestens innerhalb von zwanzig Jahren tilgen können, endgültig von ihrer dann noch offenen Schuldenlast befreit werden sollen.

.....

Kriminalstatistik vorgestellt

In der letzten Woche hat Bundesinnenminister Horst Seehofer die neuen Zahlen zur Polizeilichen Kriminalstatistik vorgestellt.

Erfreulich ist, dass die Gesamtzahl der erfassten Straftaten um 3,6 % auf rund 5,5 Millionen zurückgegangen ist. Die Aufklärungsquote stieg mit 56,5 % auf einen neuen Höchststand.

Dass unsere Maßnahmen wirken, zeigt die Zahl der Wohnungseinbrüche: Sie ist 2018 um 16,3 % zurückgegangen gegenüber 2017.

Unser seit Jahren verfolgter Ansatz ist richtig: mehr Stellen für die Polizei, härtere Strafen für Einbrecher und mehr Prävention etwa durch KfW-Zuschüsse für einbruchshemmende Maßnahmen.

Nicht akzeptabel ist für uns der starke Anstieg der Straftaten gegen Polizisten und Rettungskräfte, was auch an Strafverschärfungen und einer anderen Erfassung liegt (+ 39,9 %).

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Schutz für Polizisten und Einsatzkräfte wie Rettungssanitäter ausgebaut wurde. Künftig gilt bei tätlichen Angriffen eine Mindeststrafe von drei Monaten. Auch das sogenannte „Gaffen“ haben wir unter Strafe gestellt.

Kampf gegen Plastikmüll

Das Europäische Parlament hat beschlossen, dass bestimmte Einwegartikel aus Kunststoff von 2021 an EU-weit nicht mehr verkauft werden dürfen.

Betroffen von dem Verbot sind unter anderem Einweggeschirr, Strohhalme aus Plastik sowie Wattestäbchen aus Kunststoff.

Darüber hinaus wird das Verursacherprinzip, insbesondere für Tabak, durch die Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung gestärkt. Hersteller müssen zukünftig zur Deckung der Kosten für Abfallbewirtschaftung, Reinigung und Sensibilisierung beitragen. Auch für Fanggerät in der Fischerei soll eine solche Regelung gelten.

Die neuen Vorschriften haben all jene Einwegprodukte aus Kunststoff im Visier, die in Europa am häufigsten an den Stränden und in den Meeren gefunden werden, sowie Fischfanggeräte, die im

Meer verloren gegangen sind oder zurückgelassen wurden. Diese Produkte machen den Großteil des Problems aus. Zusammen entfallen auf sie 70 % aller Abfälle im Meer.

Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

Am vergangenen Mittwoch hat das Bundeskabinett die Änderung des Staatsangehörigkeitgesetzes auf den Weg gebracht.

Nach unserer Ansicht zeigt jemand, der sich ins Ausland begibt und sich dort an Kampfhandlungen für eine Terrormiliz konkret beteiligt, dass er sich von Deutschland und seinen grundlegenden Werten ab- und einer anderen ausländischen Macht in Gestalt einer Terrormiliz zugewandt hat.

Das Gesetz ist auf bereits im ausländischen Gewahrsam befindliche IS-Kämpfer nicht anwendbar, da sich in der Vergangenheit liegende Handlungen nicht einbeziehen lassen. Das stünde im klaren Widerspruch zur geltenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Zudem findet die Regelung keine Anwendung auf Minderjährige.

Mit den Änderungen sorgen wir dafür, dass Deutsche mit Doppelpass, die sich an Kampfhandlungen einer Terrormiliz im Ausland beteiligen, die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren.

Das Gesetz ist auf bereits im ausländischen Gewahrsam befindliche IS-Kämpfer nicht anwendbar, da sich in der Vergangenheit liegende Handlungen nicht einbeziehen lassen. Das stünde im klaren Widerspruch zur geltenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Zudem findet die Regelung keine Anwendung auf Minderjährige.

Stammtisch in Vieselbach

Gemeinsam mit meinem Stadtratskollegen Michael Hose und Ortsteilbürgermeister Bernd Mey habe ich in der vergangenen Woche zum Bürgerstammtisch „Bürger reden Klartext – wir stehen Rede und Antwort“ nach Vieselbach eingeladen.

Wir hatten eine spannende und offene Diskussionen einmal quer durch alle Politikfelder.

